

BILANZSKANDAL

Commerzialbank: Prozessfinanzierer startet Sammelverfahren

Anwälte prüfen die Erfolgsaussichten für ein Verfahren gegen TPA. Indes hat die Einlagensicherung bisher rund 246 Millionen Euro an rund 6700 Kunden der Skandalbank ausbezahlt.

vom 27.07.2020, 13:20 Uhr | Update: 27.07.2020, 13:45 Uhr



© APAweb / Robert Jäger

Mehr zu diesem Thema



Burgenland kündigt Amtshaftungsklage an
👍 30



Bisher 1660 Commerzialbank-Kunden entschädigt
👍 4



"Das ist eine regionale Zwergenbank"
👍 35 💬 5



Politisches Gezänk um Verantwortung bei Commerzialbank
💬 1



Schaden bei Commerzialbank Mattersburg soll Ende Juli feststehen
👍 12 💬 5



FMA beantragt Insolvenz für Commerzialbank
👍 8 💬 2

Ab heute können sich Geschädigte im Skandal rund um die Mattersburg Commerzialbank bei dem Prozessfinanzierer LVA24 für ein Sammelverfahren anmelden. Anwälte prüfen derzeit die Erfolgsaussichten eines Verfahrens gegen die Bankprüfer TPA, teilte LVA 24 am Montag in einer Aussendung mit.

"Es kommt sicher ein Sammelverfahren zustande, die Frage ist nur, gegen wen", sagte ein Jurist des Prozessfinanzierers zur APA. Neben einem Verfahren gegen die TPA wäre auch eines gegen die Mattersburg-Bank selbst oder die Bankenaufsicht möglich. Die LVA24 arbeite mit mehreren Anwaltskanzleien zusammen, die aktuell die Optionen für erfolgreiche Sammelverfahren für Geschädigte prüfen, so der Jurist.

Einer dieser mit der LVS24 kooperierenden Rechtsanwälte, Oliver Felfernig von der Kanzlei Felfernig & Graschitz, argumentiert, dass möglicherweise auch der Bankprüfer TPA zur Verantwortung gezogen werden könne. Denn die Abschlussprüfer einer Bank würden nicht nur der geprüften Gesellschaft gegenüber, sondern bei einem unrichtig ausgestellten Bestätigungsvermerk auch gegenüber Dritten haften. "Dies insbesondere dann, wenn Kunden berechtigt auf die Verlässlichkeit dieses Bestätigungsvermerks vertraut haben", so Felfernig laut LVA24-Aussendung. Seine Rechtseinschätzung fußt auf einem OGH-Urteil (80b93/14f) aus dem Jahr 2015, sagte der LVA24-Jurist zur APA.

Geschädigte können sich nun bei der LVA24 für das Sammelverfahren anmelden. Nach Prüfung aller Unterlagen entscheidet dann der Prozessfinanzierer, ob der jeweilige Geschädigte in das Verfahren aufgenommen wird.

Spannend sei das Angebot vor allem für mittlere Unternehmen, sagte der Jurist. Privatkunden, die etwa nur wenige Tausend Euro auf einem Spar- oder Girokonto der Mattersburg Commerzialbank liegen hätten, wären dagegen keine Kandidaten für das Sammelverfahren, da diese ohnehin durch die Einlagensicherung entschädigt würden.

TPA war von 2006 bis 2018 Abschlussprüfer

Der Abschlussprüfer TPA hat die Commerzialbank von 2006 bis 2018 geprüft. Nun muss sich das Unternehmen wegen des dortigen Bankenskandals vor seiner Branchenaufsichtsbehörde verantworten. Mitte Juli hat die Aufsicht die Bank wegen des Verdachts auf Bilanzfälschung geschlossen. Hunderte Millionen Euro sollen fehlen. Die TPA will jedoch selbst von der Bank getäuscht worden sein.

Der Skandal zieht mittlerweile weite Kreise. So soll die Bank zahlreiche Scheinkredite im Millionenhöhe vergeben haben, wie das Magazin "profil" am Wochenende berichtet hatte. Als Kunden seien Akademiker im Umkreis von Wien und Niederösterreich geführt worden, die jedoch laut Ermittlungen der Polizei keine Kunden der Bank waren und denen die Mattersburg Bank großteils unbekannt war. Ein Whistleblower hatte bereits im Februar des heurigen Jahres im Rahmen einer anonymen Anzeige auf die Scheinkredite hingewiesen, hieß es in dem Bericht.

Einlagensicherung zahlte bisher 246 Millionen Euro aus

In der Affäre um die Commerzialbank haben bisher 6700 Betroffene Geld auf ihre neuen Konten bei anderen Banken ausbezahlt bekommen. Damit sei bereits knapp die Hälfte der anspruchsberechtigten Kunden entschädigt worden, teilte die Einlagensicherung am Montag mit. Insgesamt wurden bisher rund 246 Millionen Euro ausbezahlt.

Die Auszahlungen sind am vergangenen Mittwoch angelaufen. Bei der Einlagensicherung geht man davon aus, dass bis Ende der Woche ein Großteil abgeschlossen sein wird. Sobald die betroffenen Kunden ihre neuen Daten bekanntgeben, wird das Geld binnen 24 Stunden überwiesen. Gesichert sind 100.000 Euro pro Person. (apa/kle)